

Langfassung

Für einen gerechten Ausgleich Positionspapier zu den Corona- Herausforderungen weltweit

Impressum

Herausgeber

Bündnis Entwicklung Hilft

Schöneberger Ufer 61

10785 Berlin

Tel. 030 - 278 77 390

Fax 030 - 278 77 399

kontakt@entwicklung-hilft.de

www.entwicklung-hilft.de

Verantwortlich

Peter Mucke

Berlin, November 2020

Das Positionspapier ist zusätzlich in einer → [Kurzfassung](#) abrufbar.

Bündnis Entwicklung Hilft ist der Zusammenschluss der Hilfswerke Brot für die Welt, Christoffel-Blindenmission, DAHW, Kindernothilfe, medico international, Misereor, Plan International, terre des hommes und Welthungerhilfe sowie der assoziierten Mitglieder German Doctors und Oxfam. In Katastrophen- und Krisengebieten leisten die Bündnis-Mitglieder sowohl akute Nothilfe als auch langfristige Unterstützung, um Not nachhaltig zu überwinden und neuen Krisen vorzubeugen.

Kernbotschaft

Die Mitgliedsorganisationen von Bündnis Entwicklung Hilft und deren Partnerorganisationen stellen fest: Als Folge der Corona-Pandemie verstärkt sich die globale Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Diese fatale Entwicklung kann allein durch Hilfsmaßnahmen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit, internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen nicht aufgefangen werden. Auf nationaler und internationaler politischer Ebene bedarf es einer grundsätzlichen systemischen Wende hin zu einem Ausgleich zwischen Arm und Reich basierend auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Themen

Hunger weltweit bekämpfen	2
Stärkung des globalen Gesundheitssystems	5
Schutz von Kindern und soziale Sicherung	8
Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung	12
Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit	16

Hunger weltweit bekämpfen

Welthungerhilfe
und Oxfam

Aktuelle Situation

Im Jahr 2019 hungerten weltweit 690 Millionen Menschen, die Zahl der Hungernen steigt seit fünf Jahren. Das zeigen die neuen Berechnungen der FAO.¹ Wenn sich der Trend fortsetzt, könnten nach bisheriger Schätzung bis 2030 mehr als 840 Millionen hungern. Über die Hälfte aller Menschen weltweit, die unter Hunger leiden, würden dann in Afrika leben, dort steigen die Hungerzahlen derzeit am stärksten. Zudem sind zwei Milliarden Menschen, mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung, von Mangelernährung betroffen. Mehr als drei Milliarden Menschen können sich aktuell nicht gesund ernähren, weil sie unterhalb oder an der Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Tag leben.

Die Hungerzahlen und die genannten Schätzungen beziehen sich allerdings auf das Jahr 2019 und damit auf das Jahr vor der Coronakrise. Die UN schätzen auf der Grundlage vorläufiger Wirtschaftsdaten, dass im Jahr 2020 allein durch die Pandemie zusätzliche 83 bis 132 Millionen Menschen von Unterernährung bzw. Hunger betroffen sein werden.² Die Pandemie wird in allen drei UN-Berechnungsszenarien³ die steigenden Hungerzahlen über die nächsten Jahre auf ein noch höheres Niveau treiben.

Der FAO-Bericht von 2019 über den Stand der Ernährungssicherheit und Ernährung in der Welt nennt soziale und wirtschaftliche Ungleichheit als wesentliche Treiber für den Hunger.⁴ Zusätzlich schlagen immer mehr international renommierte Wissenschaftler*innen Alarm: Sie warnen vor Biodiversitätsverlust, Klimafolgen und der fortschreitenden Zerstörung der Böden, die den Hunger weiter verschärfen. 600 Millionen der Ärmsten leben in tropischen Trockenregionen,⁵ die besonders von den Klimafolgen betroffen sind. Auch Krisen und Konflikte gehören zu den Treibern des Hungers.

Drei Viertel der Armen im Globalen Süden leben auf dem Land.⁶ Mädchen und junge Frauen mit Kindern sind besonders von Armut betroffen.⁷ 70 Prozent der Weltbevölkerung leben ohne oder nur mit unzureichender sozialer Absicherung.⁸ Insbesondere die informell in der Landwirtschaft Beschäftigten und die im ländlichen Raum arbeitenden Selbstständigen – mit einem Anteil im Globalen Süden von über 80 Prozent – leiden dramatisch unter den Folgen der Corona-Pandemie. Geschlossene Märkte, Einschränkungen im Transport von Waren oder beim Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln wie Saatgut führen zu erheblichen Einnahmeverlusten bei kleinbäuerlichen Produzent*innen und können die nächste Aussaat erschweren. In der Sahelregion haben Bewegungsbeschränkungen Millionen Viehzüchter*innen daran gehindert, ihre Tiere zur Fütterung auf traditionelle Weidegebiete zu treiben.

Die (Teil-)Lockdowns haben Millionen Wanderarbeiter*innen über Nacht arbeitslos gemacht. Felder konnten nicht bestellt werden. Besonders hart betroffen sind auch Lohnarbeiter*innen, die fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung ausmachen,⁹ und Migrant*innen, die mehr als ein Viertel der weltweiten Arbeit in der Landwirtschaft leisten.¹⁰

Zentrale Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat die Ungerechtigkeiten des heutigen Ernährungssystems drastisch offengelegt. Gravierend sind die Auswirkungen der Pandemie vor allem für Menschen, die unter (extremer) Armut leiden und deren Alltag schon zuvor von Mangel und Krisen geprägt war: Viele Menschen erkrankten an Covid-19, Millionen verlieren ihre Arbeit und ihre Einkommen, der Hunger nimmt weiter zu, lokale Nahrungsmittelpreise steigen und Gesundheitssysteme sind überfordert. Und in den betroffenen Ländern des Globalen Südens reichen die sozialen Sicherungssysteme bei Weitem nicht aus, um die Existenz der Menschen zu sichern.

Die Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger für ohnehin schon bestehende Krisen: Hunger, Armut, Klimafolgen, bewaffnete Konflikte und prekäre Gesundheitsversorgung.

Erschwerend kommt hinzu, dass viele arme Menschen im Globalen Süden auf Rücküberweisungen von Angehörigen im Ausland dringend angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch diese Einkommensquelle ist unsicher, weil weltweit Menschen ihre Jobs verlieren und häufig ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen.

Handlungsempfehlungen und Forderungen

Neben akuten Hilfsmaßnahmen gilt es, langfristig die Einkommenssituation besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verbessern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, um so ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Nur dann wird eine Welt ohne Hunger möglich sein.

- Die Coronakrise sollte als endgültiger Weckruf verstanden werden, die überfällige und grundlegende **Umgestaltung der Ernährungssysteme** einzuleiten. Sie müssen ökologisch, gerecht, gesund und demokratisch werden. „Back to normal“ ist keine Option.
- Die **Verwirklichung der Menschenrechte** muss an erster Stelle stehen. Vulnerable Gruppen müssen bei allen Förderansätzen beteiligt werden, um diese an ihren Bedürfnissen auszurichten.
- Die Bundesregierung sollte zuallererst die **lokale und regionale Versorgung mit gesunden und nährstoffreichen Nahrungsmitteln** unterstützen und dabei die Interessen von Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Arbeiter*innen in den Vordergrund stellen. Hierbei sollten standortgerechte und agrarökologische Strategien im Vordergrund stehen. Industrialisierte Landwirtschaft wie auch die Massentierhaltung sollten nicht weiter gefördert werden. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung in Institutionen und in die Kapazitäten der Akteure investieren, die vor Ort die Landwirtschaft gestalten, insbesondere Bäuerinnen und Bauern, Verbände, Regierungsvertreter*innen, Landwirtschaftsberater*innen und Agrarforschungseinrichtungen. Damit wird diesen Akteuren ermöglicht, informiert zu entscheiden, wie sie das Potenzial ihrer Landwirtschaft nachhaltig für die Bekämpfung von Hunger und Armut nutzen wollen.

- Ansätze in der Landwirtschaft, die lokale Standortbedingungen berücksichtigen, auf agrarökologischen Prinzipien basieren und die Bodenfruchtbarkeit verbessern, tragen zu einem hohen Grad von Ernährungssicherung, Nachhaltigkeit und Krisenresilienz bei. Bäuerinnen und Bauern müssen **Zugang zu klimangepasstem und ertragreichem Saatgut** erhalten. Hierzu sollten lokale Züchtungen vorrangig gestärkt werden. Der **Zugang der ländlichen Gemeinschaften zu Land und Wasser** muss geschützt und gefördert werden.
- **Wanderhirt*innen** müssen besser geschützt werden, sie brauchen sicheren Zugang zu Weideflächen, Wasserstellen und Wanderkorridoren und das Recht auf Mobilität, um die natürlichen Ressourcen in den ariden und semiariden Zonen dieser Welt nachhaltig zu nutzen.
- Um unmittelbar Hungerkrisen vorzubeugen, haben sich **strategische Nahrungsmittelreserven** bewährt, die eine Nahrungsmittelverteilung an Bedürftige ermöglichen. Zusätzlich bedarf es **Maßnahmen der sozialen Sicherung** wie direkte Einkommenstransfers.

Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen kurzfristig zu stabilisieren, langfristig die Lebensbedingungen zu verbessern und damit das Recht auf Nahrung nachhaltig zu verwirklichen. Internationale Solidarität ist jetzt wichtiger denn je. Wir brauchen mehr langfristige Unterstützung für die Anstrengungen der Menschen im Globalen Süden.

Stärkung des globalen Gesundheitssystems

Christoffel-
Blindenmission,
DAHW und
German Doctors

Aktuelle Situation

Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation¹¹ beschreibt, dass wesentliche Gesundheitsdienste durch den Ausbruch der Corona-Pandemie stark eingeschränkt sind oder in einigen Fällen komplett wegfallen, beispielsweise Langzeittherapien in der Tuberkulose- oder HIV-Behandlung, Ernährungssicherungsprogramme für Kinder sowie der Zugang zu Kontrazeption oder Schwangerschaftsvorsorge.

Für Menschen, die unter Armut, Hunger und bewaffneten Konflikten leiden, stellt Covid-19 eine Krise in der Krise dar. Aufgrund von Lockdown-Maßnahmen und Quarantäne für ganze Regionen können viele Menschen, die sich unter prekären Arbeitsbedingungen sonst als Tagelöhner*innen verdienen, ihre Familien nicht mehr ernähren.¹² In Gebieten mit wiederkehrenden extremen Naturereignissen, z. B. Indien und Bangladesch mit heftigen Monsunregenfällen und Zyklonen, verlieren die bereits von Lockdown-Maßnahmen betroffenen Menschen dazu noch ihre Häuser und Unterkünfte und sind zusätzlich dem hohen Risiko von Durchfallerkrankungen wie Cholera, Diphtherie und Typhus durch die Unterbrechung der Trinkwasserversorgung ausgesetzt. Dabei werden Menschen mit Behinderungen, die schon vor Ausbruch der Coronakrise in ihrer Alltagsbewältigung keine Chancengleichheit erfahren haben, häufig auch im Zugang zu Hilfsmaßnahmen diskriminiert.

Durch den Wegfall oder die Kürzung von Arbeitsplätzen aufgrund von Lockdown- und Präventionsmaßnahmen in zahlreichen Ländern des Globalen Südens hat die Mehrheit der Menschen kein ausreichendes Einkommen, um ihre Familien zu ernähren und zu versorgen. Ersparnisse für Notzeiten sind ebenfalls kaum vorhanden, daher kam mit der Pandemie vor allem der Hunger.¹³ Zur prekären Ernährungssituation kommt der Anstieg an häuslicher und sexualisierter Gewalt, unter dem besonders junge Frauen und Mädchen leiden.¹⁴ Die Zahl der ungeplanten Schwangerschaften – auch bei Teenagern – steigt vielerorts an. Die kontinuierliche Bereitstellung von Kontrazeption und anderen Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind besonders für Frauen, deren Kinder und Jugendliche von entscheidender Bedeutung. Unterbrechungen von oder erschwerter Zugang zu Kontrazeption können zu ungeplanten Schwangerschaften, sexuell übertragbaren Infektionen und erhöhten Gesundheitsrisiken für Mütter und ihre Neugeborenen sowie für Kinder und Jugendliche führen. In einer im Lancet¹⁵ veröffentlichten Studie wird beispielsweise geschätzt, dass das Aussetzen solcher Dienste zu einem erheblichen Gesundheitsrisiko für Kinder unter fünf Jahren und einem Anstieg der Mütter- und Säuglingssterblichkeit führt.

Das gesamte Ausmaß der Pandemie wird sich erst in einigen Jahren feststellen lassen, jedoch haben schon die vergangenen Monate deutlich gemacht, wie vulnerabel die Gesundheitssysteme in den Ländern des Globalen Südens sind und dass ihre Stärkung auch weiterhin eine Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit bleiben muss.

Zentrale Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Genauso wie in der Klimapolitik kann auch in der Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht einfach zum „Business as usual“ zurückgekehrt werden. Zukünftige Schwerpunkte müssen noch stärker in der Ausbildung, im Wissens- und Skill-Transfer und in der Gesundheitssystemstärkung liegen, um einen nachhaltigen und gleichberechtigten Zugang für alle Menschen zu Gesundheitsdiensten zu gewährleisten.

Die weltweite Corona-Pandemie führt auf drastische Weise vor Augen, wie wichtig stabile und gut ausgestattete Gesundheitssysteme sind – nicht allein zur Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit für alle Menschen, sondern auch zur Aufrechterhaltung vieler Bereiche der allgemeinen Versorgung, der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Wenn Gesundheits-einrichtungen von drastischen finanziellen Einschnitten betroffen und nur unzureichend ausgestattet und personell aufgestellt sind, erweisen sich die Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie als besonders dramatisch. Dies gilt speziell für ohnehin vulnerable, marginalisierte und unterversorgte Bevölkerungsgruppen in Ländern des Globalen Südens.

In der Zeit der Coronakrise hat sich nicht nur gezeigt, dass partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Organisationen vor Ort wichtiger ist denn je, sondern auch Flexibilität und Innovation, um die Fortführung wichtiger Gesundheitsprogramme zu gewährleisten. Die herausragende Arbeit lokaler Akteure in den Ländern des Globalen Südens im Bereich der Krisenbewältigung unterstreicht die Notwendigkeit bzw. Vorteile einer weiteren Lokalisierung von Hilfsmaßnahmen und Kapazitäten.

Handlungsempfehlungen und Forderungen

- **Weitere dringliche Herausforderungen globaler Gesundheit müssen auch in Corona-Zeiten im Blick bleiben:** Gut zwei Drittel aller regulären Programme, etwa zur Bekämpfung vernachlässigter (Tropen)-Krankheiten, Immunisierungskampagnen, Schwangerenvorsorge, Langzeitbehandlungen von TB, HIV und chronischen Krankheiten sowie der Zugang zu Kontrazeption, wurden aufgrund des Pandemie-Geschehens unterbrochen oder erheblich eingeschränkt. Sie müssen schnellstens wieder hochgefahren und mit Corona-Maßnahmen verknüpft werden, damit bisherige Erfolge nicht vollständig rückgängig gemacht werden. Das Menschenrecht auf Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen darf nicht eingeschränkt werden und gilt weiterhin universell.
- **Ohne Gesundheit findet keine Entwicklung statt:** Daher muss eine inklusive und barrierefreie Gesundheitsversorgung Schwerpunkt aller Maßnahmen der humanitären Hilfe und Nothilfe sowie elementarer Bestandteil bi- und multilateraler Abkommen in der Entwicklungszusammenarbeit sein. Hilfsmaßnahmen müssen barrierefrei, zeitnah und konsequent an dem Prinzip „Leave no one behind“ ausgerichtet werden: Der Fokus auf besonders vulnerable Zielgruppen sollte über gemeindebasierte, partizipative und inklusive Ansätze erfolgen. Nur durch unmittelbare Einbindung der Betroffenen bei Planung und Umsetzung kann sichergestellt werden, dass ihre Bedarfe adäquat berücksichtigt werden.

- **Prävention und Gesundheitsförderung, psychische Gesundheit sowie ganzheitliche multisektorale Ansätze müssen in den Vordergrund gestellt und besser ausgestattet werden:** Neben medizinischer Erst- und Basisversorgung sollten verstärkt multisektorale Ansätze verfolgt werden. Dies umfasst verbesserte Bildung (Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen), Ernährungssicherung, den „One Health“-Ansatz, der Menschen-, Tier- und Umweltgesundheit einbezieht, sowie Wasser-, Abwasser- und Sanitärversorgung und Hygienepaxis (WASH). Derartige multisektorale Vorhaben sollten partizipativ ausgerichtet und bedarfsorientiert sein sowie im Sinne der Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung die aktive Einbindung lokaler Akteure vorsehen.
- **Sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheitsdienste dürfen gerade in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie nicht aus den Augen verloren werden:** Um negative Auswirkungen wie die starke Zunahme an ungeplanten Schwangerschaften – auch bei Teenagern – und den Anstieg an Geburten mit hohem Gesundheitsrisiko für Mutter und Säugling zu verhindern, müssen die grundlegende Bereitstellung von sowie der barrierefreie Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten uneingeschränkt gewährleistet werden.
- **Langfristige und nachhaltige Gesundheitssystemstärkung muss eine verbesserte Resilienz der Betroffenen gegenüber Schocks, etwa durch Klimafolgen oder Pandemien, zum Schwerpunkt haben:** Die Bundesregierung sollte auch im Rahmen ihrer bilateralen Zusammenarbeit einen signifikanten Beitrag dazu leisten.
- **Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der Weltgesundheitsorganisation (WHO):** Um den humanitären Gesundheitscluster auf globaler Ebene zu koordinieren sowie Gesundheitskrisen vor Ort wirksamer begegnen zu können, muss dies – entgegen aktuellen politischen Entwicklungen – dringend umgesetzt werden.
- **Aufbau von Kapazitäten in den Ländern des Globalen Südens für eine Verbesserung und Vereinheitlichung statistischer Erhebungen:** Zum Zwecke eines kontinuierlichen Monitorings bedarf es hochwertiger und aufgeschlüsselter Daten zur globalen Krankheitslast sowie zu den Überschneidungen und Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Erkrankungen. Basierend auf solchen Daten können Gesundheitsmaßnahmen zielgerichtet angepasst werden. Es bedarf außerdem einer Intensivierung der Grundlagenforschung und angewandten Forschung im Bereich der nachhaltig wirkungsvollen Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Schutz von Kindern und soziale Sicherung

Kindernothilfe
und terre des
hommes

Aktuelle Situation

Es zeichnet sich ab, dass das neuartige Coronavirus für Kinder weniger gefährlich ist als für Erwachsene. Dramatisch hingegen sind die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder. Während in Europa die Atemschutzmaske das Gesicht der Coronakrise ist, hat sie für Millionen Kinder das Gesicht von Hunger, Armut, Gewalt, Benachteiligung und dem Ende jeglicher Bildungschancen.

Während der ersten (Teil-)Lockdowns in zahlreichen Ländern verschlechterte sich die **Gesundheitsversorgung** von Neugeborenen und Kleinkindern, weil Mutter-Kinder-Versorgungen, Impfkampagnen und Basisgesundheitsdienste eingeschränkt waren. So wurden nach Angaben der WHO in 23 einkommensschwachen Ländern Impfkampagnen abgesagt, etwa gegen Masern. 78 Millionen Kinder können daher nicht wie geplant geimpft werden.¹⁶

Jedes zweite Kind auf der Welt ist regelmäßig **Gewalt** ausgesetzt: Schläge und sexualisierte Gewalt gehören zu ihrem Alltag. Während der Isolierung in den (Teil-)Lockdowns waren – gemäß den Rückmeldungen von Projektpartnern – mehrere Millionen Kinder zusätzlich betroffen. Europol berichtet zudem, dass die Nachfrage nach Bildern und Filmen, auf denen sexuelle Gewalt an Kindern zu sehen ist, im Netz mit dem Beginn der (Teil-)Lockdowns weltweit angestiegen ist.¹⁷ Weltweit ist die Zahl der Anrufe bei Hilfstelefonen stark gestiegen, während der Zugang zu Hilfsangeboten wie Schutzzentren, Beratungsstellen und vor allem Schulen geschlossen war.¹⁸ Der weltweite Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt ist eine Sekundärfolge der Pandemie.

Weltweit konnten vor der Pandemie 263 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter **keine Schule** besuchen.¹⁹ Während der (Teil-)Lockdowns im Sommer 2020 mussten nach Angaben der UNESCO circa 1,5 Milliarden Schulkinder in 185 Ländern zu Hause bleiben. Noch ist unklar, ob sie alle wieder in die Schule zurückkehren können, denn viele müssen arbeiten oder haben den Anschluss verloren. Mindestens einem Drittel aller Schulkinder weltweit fehlt der Zugang zu digitalem Unterricht.²⁰ Home- oder Online-Schooling ist aus Gründen des begrenzten Zugangs zu oder der Erschwinglichkeit von mobilen Endgeräten sowie der Strom- und Internetkosten sehr schwierig. Oftmals fehlt es auch an Unterstützung durch die Familie, weil viele Eltern und Angehörige selbst nicht gut genug lesen und schreiben können, um ihre Kinder zu unterstützen.²¹ Für Mädchen, die in Camps für Geflüchtete oder als Binnenvertriebene leben, sind die Schulschließungen aufgrund ihrer generellen Benachteiligung am verheerendsten.

Rund 740 Millionen Mädchen in 185 Ländern besuchen derzeit keine Schule.²² Ihre Rückkehr in den Unterricht ist fraglich, was massive Risiken mit sich bringt. Es findet keine umfassende **Sexualaufklärung** mehr statt. Die Gefahr ungewollter Schwangerschaften wächst dadurch. Geschlossene Schulen bedeuten ein erhöhtes Risiko von Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratung, weil die Bildungseinrichtungen ihre zusätzliche **Funktion als Schutzräume** nicht wahrnehmen können. Mädchen und junge Frauen verlieren auf diese Weise den Zugang zu modernen Kontrazeptiva oder Unterstützung, etwa wenn ihnen Frühverheiratung droht.

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Kinderarbeiter*innen auf etwa 152 Millionen Kinder zurückgegangen. Jedoch stecken immer noch 73 Millionen in einer der schlimmsten Formen der Kinderarbeit. Dazu gehören Sklaverei, Schuldknechtschaft, gefährliche Arbeit, Prostitution und illegale Arbeit.²³ Nun gibt es deutliche Anzeichen für einen Anstieg von **Kinderarbeit**.²⁴ Besonders gefährdet sind Kinder, deren Eltern im informellen Sektor arbeiten – als Straßenverkäufer*innen, Haushaltshilfe, Müllsammler*innen, Bau- oder Farmarbeiter*innen. Ein entscheidender Hebel gegen Kinderarbeit ist Bildung.

Millionen Kinder waren und sind **zur Arbeit gezwungen**: In großen Städten sind offensichtlich mehr Kinder zu sehen, die betteln oder auf der Straße leben. Auf Plantagen und Farmen arbeiten Schulkinder mit ihren Eltern. Kinder verkaufen Gemüse oder Obst auf den Straßen. Während vor der Krise das Einkommen arbeitender Kinder auch dafür genutzt werden konnte, Bildungsausgaben zu decken, benötigen Familien das Geld heute, um beispielsweise Lebensmittel zu kaufen oder die Miete zu bezahlen.²⁵ Da besonders Mädchen auch nach der Pandemie nicht mehr in die Schule zurückkehren können, steigt das Risiko, dass sie in Zukunft in einem höheren Maße von Armut betroffen sein werden. Hunger, Armut, Kinderarbeit und unbezahlte Haus- und Sorgearbeit sind weitere Folgen.

In Ländern des Globalen Südens arbeiten bis zu 95 Prozent der Menschen im **informellen Sektor**, das heißt ohne jegliche soziale Sicherung wie Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation haben im Mai 2020 1,6 Milliarden Menschen im informellen Sektor ihr Einkommen verloren, weil sie wegen der (Teil-)Lockdowns nicht arbeiten konnten.²⁶ Auch im **formellen Sektor** trafen die (Teil-)Lockdowns Arbeiter*innen hart: So standen in Indien Millionen Arbeiter*innen, etwa aus der Textilindustrie, ohne Einkommen auf der Straße. Bei gleichzeitiger Schließung von Schulen und damit auch dem Wegfall kostenloser Schulspeisungen für Kinder aus armen Familien herrschte in Familien wenige Tage nach den (Teil-)Lockdowns Hunger. Vor der Krise lebten 386 Millionen Kinder bereits in extremer Armut. Die Vereinten Nationen schätzen, dass durch die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise weitere 66 Millionen Kinder von **extremer Armut** betroffen sind.²⁷

Zentrale Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Kinder stehen während der Pandemie nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Dabei treffen sie die Folgen der Pandemie hart. UN-Organisationen und internationale Kinderhilfswerke fürchten, dass Fortschritte der letzten Jahrzehnte verloren gehen. Millionen Kinder rutschen in Armut ab. Die Kindersterblichkeit könnte steigen, weil die Kapazitätsgrenze der Gesundheitsversorgung vor allem in armen und fragilen Staaten überschritten wird. Bildungschancen schwinden und die Anstrengungen armer Familien, ihren Kindern einen Schulabschluss und eine Ausbildung zu ermöglichen, werden zunichtegemacht. Die Gewalt gegenüber Kindern hat zugenommen. Deutlich mehr Kinder arbeiten. Diese Kinder werden sich ohne Ausbildung und schulische Grundkenntnisse als Erwachsene wiederum als Tagelöhner*innen und Gelegenheitsarbeiter*innen durchschlagen müssen. Die Schere zwischen Wohlstand und Bildung einerseits sowie Armut und keinerlei Bildung

andererseits wird dadurch immer weiter auseinandergehen. Eine wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich birgt ein hohes Potenzial für soziale Unruhen, die die Stabilität der betroffenen Länder beeinträchtigen können.

Auch Corona-Hilfsmaßnahmen richten sich zu wenig an den Bedürfnissen und Rechten von Kindern aus. Der Beitrag junger Menschen zur Bekämpfung der Pandemie wird kaum gewürdigt – dabei sind es in vielen Fällen Jugendliche, die in sozialen Medien über die Pandemie aufklären, sich freiwillig melden und Lebensmittelpakete packen oder Masken nähen.

Mädchen und junge Frauen gehören zu den größten Verlierer*innen in der Coronakrise. Sie bilden die Mehrheit der Beschäftigten im Gesundheitssektor und sind daher einem besonders hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Dies gilt auch für andere systemrelevante Tätigkeiten, wie beispielsweise den Verkauf von Lebensmitteln oder die Kinderbetreuung. Hinzu kommt, dass in vielen einkommensschwachen Ländern die Mittel fehlen, um die Beschäftigten während der Arbeit ausreichend vor Covid-19 zu schützen. Viele Frauen und Mädchen hatten schon vor dem Ausbruch des Virus keinen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen: eine Problematik, die sich durch die Pandemie noch verschärft hat. Die Erfahrungen aus der Ebola-Krise zeigen, dass Frauen und Mädchen in Krisen meist schon gesundheitlich geschwächt sind, da sie bei Nahrungsmittelknappheit oftmals weniger zu essen bekommen. Im Zuge der Corona-Pandemie können die ohnehin schon schwachen und unterfinanzierten Gesundheitssysteme keine oder nur unzureichende Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zur Verfügung stellen.

Handlungsempfehlungen und Forderungen

- Um die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder zu mildern, müssen Covid-19-Hilfsmaßnahmen die **Belange der Kinder** dringend einbeziehen und die **Rechte der Kinder** wahren: Eine grundlegende Gesundheitsversorgung für Kinder muss aufrechterhalten und ausgebaut werden. Um Schulabbruch zu vermeiden, müssen Wiedereinschulungskampagnen, kostenlose Schulspeisungen sowie der Zugang zu Schulbibliotheken und digitalen Lernangeboten gefördert werden. Hilfsmaßnahmen müssen die international anerkannten Mindeststandards, Strategien und Vorgaben für den Schutz von Kindern einhalten. Um Familien zu stützen, sind Cash Transfers notwendig.
- Regierungen und alle weiteren beteiligten Akteure sollten das **Engagement von Kindern** würdigen und sie aktiv in ihre Maßnahmen einbeziehen.
- **Gute Regierungsführung** muss deutlich gestärkt werden. Die große soziale Ungleichheit, die durch die Pandemie extrem verschärft wird, muss verringert werden. **Gerechte Steuersysteme** sollten Mittel generieren, die in den Auf- und Ausbau wichtiger Infrastruktur und Versorgung, insbesondere für Kinder, investiert werden.
- Die **Reaktionspläne lokaler Verwaltungen und der übergeordneten Behörden** müssen auch auf der Analyse von Alter, Geschlecht und eventuellen Behinderungen beruhen. Sie müssen die besondere Situation und die Bedürf-

nisse von Kindern zwingend berücksichtigen, auch im Flucht- und Migrationskontext. Um diese Forderung umsetzen zu können, bedarf es dringend **valider Daten** zu den Auswirkungen von Covid-19, **aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht**.

- Es muss anerkannt werden, dass Mädchen und Frauen in einer besonderen Weise und überproportional von den direkten und indirekten Folgen der derzeitigen Coronakrise betroffen sind. Bei der **Verteilung zusätzlicher öffentlicher Mittel** müssen die besondere Situation von Mädchen und jungen Frauen sowie deren Rechte berücksichtigt werden. Sektoren wie Bildung, sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind auch unabhängig von Covid-19 weltweit chronisch unterfinanziert.
- Die **soziale Sicherung** der Arbeiter*innen **im formellen und informellen Sektor** sollte dringend und deutlich stärker ausgebaut werden, insbesondere Arbeitslosen- und Krankenversicherungen schützen einkommensschwache Familien davor, bei Krisen in extreme Armut abzurutschen.
- Bei akuten Maßnahmen zur **Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen** der Corona-Pandemie müssen Mädchen und junge Frauen stärker in den Fokus genommen werden. Es ist sonst zu befürchten, dass sie nach dieser Krise weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz haben bzw. nicht mehr an ihren bisherigen Arbeitsplatz zurückkehren können.
- Die Wirtschaft muss stärker verpflichtet werden, Existenz sichernde **Löhne** zu zahlen und grundlegende **Arbeitsrechte**, wie etwa das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit, einzuhalten. Dazu bedarf es Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene, etwa durch die Einführung eines wirksamen Sorgfaltpflichtengesetzes in Deutschland und in der Europäischen Union.
- Die Belange von Kindern müssen bei der **Vergabe von Hilfgeldern** im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärker mitgedacht werden. Besonders wirksam sind Investitionen in Kinderschutzsysteme und den Schutz vor Gewalt, Gesundheitsversorgung und die Förderung qualitativ guter und kostenloser Bildung für alle Kinder. Sie sollten zentrale Aspekte der unmittelbaren Corona-Maßnahmen sowie der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit sein.

Soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung

Misereor und
Plan International

Aktuelle Situation

Die Corona-Pandemie erhöht den Druck, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung einzufordern und im Rahmen der durch die Pandemie bedingten gesellschaftlichen Transformationen umzusetzen. Ob sich in der aktuellen Situation eher retardierende Momente durchsetzen oder Chancen zum sozial-ökologischen Wandel genutzt werden, hängt auch von gesellschaftlichen Diskursen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ab.

Die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen zum Schutz vor Covid-19 sind in vielen Ländern der Welt ebenso gravierend wie die gesundheitlichen Folgen der Pandemie. Beispielsweise sind Tagelöhner*innen und Arbeiter*innen im informellen Sektor sehr hart von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen und gleichzeitig auch der Gefahr der Infektion oftmals schutzlos ausgesetzt.²⁸ Die Corona-Pandemie verschärft das Ungleichgewicht in der globalisierten Wirtschaft. Dies betrifft die südasiatischen Textilarbeiter*innen genauso wie die südosteuropäischen Arbeitskräfte in der deutschen Fleischindustrie. Sie sind die Leidtragenden eines Systems, das auch auf der Ausbeutung der Arbeitskräfte am unteren Ende der globalen Lieferkette basiert.

Die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt sind weltweit eklatant und betreffen junge Frauen besonders stark. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass bereits im dritten Quartal 2020 12,1 Prozent der Vollzeitstellen weltweit, also rund 345 Millionen, weggefallen sind.²⁹ Seit Ausbruch der Krise hat einer von sechs jungen Menschen aufgehört zu arbeiten. Aufgrund gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Normen tragen Mädchen und Frauen den Großteil der Last unbezahlter Haus- und Sorgearbeit. Nach einer Schätzung der ILO würde unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, bei Einbeziehung der wirtschaftlichen Gesamtrechnung, neun Prozent des internationalen Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachen.³⁰ Schulschließungen und (Teil-)Lockdowns verstärken diese ungleiche Lastenteilung.

Die Bekämpfung der Umweltbelastungen, die durch die vorherrschenden Konsum- und Produktionsmuster verursacht sind, und die Eindämmung der Folgen des Klimawandels werden trotz aller rhetorischen Verlautbarungen, dass entschlossen gehandelt werden müsse, zu wenig ambitioniert angegangen. Die immer wieder genannte Atempause für den Planeten in Zeiten massiver Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und dadurch temporär reduzierter Umweltbelastungen war von sehr kurzer Dauer und änderte nichts daran, dass die Erde über alle Maße geschröpft wird.³¹ Das Zeitfenster, um beispielsweise die Treibhausgas-Emissionen ausreichend zu reduzieren und die Ökosysteme so zu revitalisieren, dass sie wieder mehr Kohlenstoff binden können, wird kleiner. Nach aktuellem Stand müssten im kommenden Jahrzehnt die Emissionen jedes Jahr um sieben Prozent sinken.³²

Nachhaltigen Klimaschutz können Politik und Gesellschaft nur erzielen, wenn sie lokal und global Gerechtigkeit fördern. Die Optionen liegen auf dem Tisch. Das

zeigen vielfältige Klimaschutzszenarien. Sie beinhalten neben einem Stopp der fossilen Emissionen (Ende der energetischen Nutzung von Öl, Kohle, Erdgas) den umfassenden Schutz der Wälder, Moore und anderer Ökosysteme sowie deren Wiederaufforstung – was auch das Risiko durch extreme Naturereignisse reduzieren würde.³³

Die Folgen der Pandemie verstärken sich im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Beispielsweise führt die enge Bebauung in den Camps dazu, dass Schutzmaßnahmen schwierig bis gar nicht umsetzbar sind. Wenn bis zu 100.000 Menschen auf engem Raum zusammenleben, ist Abstandhalten nicht möglich. Geflüchtete Menschen werden zudem häufig stigmatisiert, haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten und Informationen. Hygienemaßnahmen, wie Händewaschen, sind in den Camps wegen der unzulänglichen Sanitäreinrichtungen sowie des Fehlens von Seife und sauberem Wasser ebenfalls nicht umsetzbar.³⁴ Durch die Enge in den Camps kann sich das Virus schnell verbreiten. Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen auf der Flucht laufen Gefahr, von den nationalen Corona-Präventions- und -Reaktionsplänen ausgeschlossen zu werden. Dies gilt insbesondere für Mädchen und junge Frauen, denn sie werden vor und bei Erstellung der Präventions- und Reaktionspläne selten befragt. Dies führt oft dazu, dass ihre spezifischen Bedürfnisse bei den Covid-19-Maßnahmen der nationalen und lokalen Behörden übersehen werden.

Zentrale Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Zeit für eine Welt mit mehr Gerechtigkeit und Umweltschutz: Die Coronakrise führt die Verletzlichkeit der Gesellschaften weltweit drastisch vor Augen. Strukturelle Schwächen im Wirtschafts- und Finanzsystem, aber auch im Konsumverhalten, werden offenbar. Gerade auch die Auswirkungen der Krise zeigen wie in einem Brennglas die Ungleichheiten weltweit. Diese Pandemie durch eine schnellstmögliche „Rückkehr zur Normalität“ bewältigen zu wollen, hieße, die Augen vor diesen Defiziten und ihren Ursachen zu verschließen – und damit wären künftige Krisen bereits vorprogrammiert.

Während der Pandemie laufen die Gesellschaften Gefahr, vermehrt in alte Geschlechterrollen zurückzufallen. In vielen Ländern, in denen es Mädchen und jungen Frauen vor der Coronakrise möglich war, sich in ihren Gemeinden zu treffen, auszutauschen und dort auf Missstände aufmerksam zu machen und ihre Rechte einzufordern, ist dies bedingt durch Schutzmaßnahmen nur noch eingeschränkt machbar. Mädchen und Frauen müssen ihre Perspektiven jedoch einbringen und sich an Entscheidungen beteiligen können. Eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe ist notwendig. Besonders in abgelegenen ländlichen Gegenden, wo Frauen zumeist im informellen Sektor arbeiten, ist die Bezahlung schlecht, gibt es kein soziales Sicherheitsnetz und keine Krankenversicherung.

Angesichts des pandemiebedingten Einbruchs der Wirtschaft in den Geberländern besteht die Gefahr sinkender Ressourcen bei steigendem Bedarf im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Geflüchtete Mädchen und junge Frauen werden am härtesten von den zunehmenden Finanzierungslücken betroffen sein, da ihre Bedürfnisse im humanitären Kontext oftmals nicht als prioritär eingestuft werden.

Die Menschheit steht in der Verantwortung, aus dieser Krise Lehren zu ziehen und das gesellschaftliche, globale System sozial gerechter, an die planetarischen Grenzen angepasst, gemeinwohlorientiert und widerstandsfähiger zu gestalten. Ernsthaftes Umdenken und Veränderung sind unabdingbar. Das hierfür erforderliche Wissen ist vorhanden, die Optionen müssen aber jetzt umgesetzt werden, was konzertierte Aktionen von allen Seiten erfordert. Die gesellschaftliche Erfahrung einer globalen Krise – die jetzige Pandemie – bietet hierfür vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Aus ihr lässt sich lernen, wie Krisen großen Ausmaßes mit schnellen und klaren politischen Weichenstellungen, der Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und großer Solidarität bewältigt werden könnten.

Handlungsempfehlungen und Forderungen

Um Gesellschaften resilienter gegen Krisen zu machen, die Schwächsten und Verwundbarsten zu schützen, den Umweltschutz zu stärken und den Klimawandel einzudämmen, bedarf es **systemischer Veränderungen**:

- Corona-Hilfen im Sinne einer **sozial-ökologischen Transformation** einsetzen: Die nun eingesetzten Rettungsschirme vieler Regierungen können und müssen so justiert werden, dass sie in eine nachhaltigere Welt führen, auch bezogen auf die Anfälligkeit für Krankheiten, wirtschaftliche Schocks und Umweltveränderungen. Es ist eine direkte Verbindung bei der Bekämpfung der Corona- sowie der Klima- und Umweltkrise notwendig.
- Corona-Hilfen und Prävention so ausgestalten, dass sie die **Resilienz von Gesellschaften**, also die Widerstandsfähigkeit sozialer, wirtschaftlicher und politischer Strukturen, erhöhen: Umweltbelastungen und Katastrophen infolge extremer Naturereignisse hängen – wie im WeltRisikoBericht dargelegt – vielfältig zusammen. Die Corona-Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Einschränkung können die Anfälligkeit erhöhen, aber auch die Exposition. Corona-Präventionsmaßnahmen können Menschen in die Armut treiben, wenn Einkommensquellen dadurch zeitweilig wegfallen und Einkommensverluste nicht ausreichend durch Hilfszahlungen ausgeglichen werden. Wer arm ist, lebt häufig in instabilen Hütten, die Stürmen und Überschwemmungen kaum standhalten. Und wer arm ist, wird selten von staatlichen Institutionen bei Katastrophenvorsorge und -hilfe miteinbezogen.
- Ohne **globale Kooperation** wird die Krisenbewältigung im Zeitalter weltweiter Vernetzung scheitern, auch wenn der erste Impuls der Coronakrise Abschottung war. Kooperationen sind notwendig, damit ökonomische und sozial-ökologische Vernunft zusammenfinden. Es wurde offenkundig, dass neue Wirtschaftsstrukturen schneller erreichbar sind als unter „Normalbedingungen“. Das kann ein Hoffnungszeichen sein für Milliarden von Menschen, die benachteiligt sind, und für Ökosysteme, die zu stark belastet oder gar zerstört sind.
- Die Krise muss als erneuter Weckruf gesehen werden, um grundlegende Normen, Werte und Machtstrukturen zu verändern, die **Gleichberechtigung** verhindern. Dies geht nur mit der Beteiligung von Mädchen und Frauen.
- Die Klimakrise und nun auch die Corona-Pandemie erhöhen die Notwendigkeit, den **Schutz für besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen** durch

internationale Kooperation zu erhöhen. Dazu bedarf es größerer Investitionen als bisher vorgesehen. Enttäuschend ist z. B., dass die EU die Hilfen für ärmere Länder zur Bewältigung der Klimawandelfolgen nur zum Teil als Direktzahlungen vorsieht und stattdessen stark auf Kredite setzt, die das globale Verschuldungsproblem verschärfen werden.³⁵

Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit

Brot für die
Welt und
medico
international

Aktuelle Situation

Die Corona-Pandemie und andere globale Krisen kennen keine Grenzen, Nationalismus und nationale Lösungsansätze reichen daher nicht aus.³⁶ Politik muss sich global und am Wohl aller Menschen orientieren und durch lokale Ansätze Veränderungen bewirken. Daher muss auch Deutschland die eigene Mitverantwortung für weltweite Entwicklungen stärker in den Blick nehmen und angemessen agieren. Entsprechend müssen die Interessen anderer berücksichtigt werden – auch bei der Verteilung der Ressourcen wie aktuell eines zu erwartenden Impfstoffs. Der seit Jahren zu beobachtenden Rückkehr zum Nationalismus und einer Abkehr vom Multilateralismus muss entgegengetreten werden.

Global gesehen betrifft das Virus nicht alle Menschen gleich. Arme und benachteiligte Menschen treffen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sowie auch die direkten gesundheitlichen Auswirkungen in besonderem Maße: Etwa wenn sie aufgrund ihrer Lebensbedingungen keine Präventionsmaßnahmen einhalten können, keine angemessene Gesundheitsversorgung erhalten, soziale Sicherungssysteme nicht existieren, die sie vor Einkommensausfall schützen, und sie jedoch gleichzeitig durch die Pandemie ihrer Lebensgrundlagen beraubt sind.

Zentrale Herausforderungen durch die Corona-Pandemie

Die Lebensgrundlagen müssen nachhaltig gesichert werden. Schon jetzt muss es auch um die Post-Corona-Welt gehen. Es geht um nichts weniger als darum, Antworten zu finden, wie der Zugang zu gesunder Ernährung, Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung weltweit systematisch, langfristig und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure verbessert werden kann. Schon bisher war beispielsweise der Zugang zu lebenswichtigen Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika global gesehen sowie auch innerhalb einzelner Länder sehr ungleich verteilt. Für Menschen in Armut ist er unter anderem durch hohe Preise und das herrschende Patentsystem eingeschränkt oder nicht gegeben.³⁷ Durch die Coronakrise hat sich diese Ungleichheit verschärft.

Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) als übergeordnete Instanz für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit – auch in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren – und die Koordinierung der globalen Reaktion im Falle von Gesundheitskrisen ist durch die kontinuierliche Unterfinanzierung durch ihre Mitgliedsstaaten und die angekündigten Austritte der USA und Brasiliens weiter geschwächt worden. Sie muss – auch von Deutschland – adäquat finanziell und inhaltlich gestärkt werden, sodass sie ihr Kernmandat erfüllen kann.³⁸

Auf eine Pandemie muss angemessen reagiert werden. Das kann die zeitweilige und verhältnismäßige Beschränkung von Grundrechten bedeuten. Die Corona-Pandemie wird jedoch in einigen Ländern auch genutzt, um Menschenrechte, wie beispielsweise das Recht auf Asyl, und zivilgesellschaftliche Freiheiten bewusst einzuschränken. In manchen Ländern sollen dadurch auch Kritiker*innen zum

Schweigen gebracht werden, vor allem wenn sie marginalisierten und benachteiligten Gruppen angehören.³⁹ Dabei ist gerade jetzt das unabhängige Engagement der Zivilgesellschaft besonders wichtig.

Handlungsempfehlungen und Forderungen

- Angesichts dieser weltweiten Gesundheitskrise gilt es, die **globale Solidarität** mehr denn je zu verteidigen und Krisenlösungen, die auf nationale Abschottung oder gar Leugnung der Pandemie setzen, deutlich zu verurteilen und zurückzuweisen.
- Das gilt auch für diejenigen, die aus der Pandemie vor allem Gewinn schlagen wollen, wie Teile der Pharmaindustrie. In die Forschung fließen in großem Maß auch Steuergelder, allein deshalb sollten die **Ergebnisse allen offenstehen** und Patentschutz gegebenenfalls aufgehoben werden. Auch aus diesem Grund sollten sich Deutschland und andere Länder an einem auf WHO-Ebene eingerichteten Technologie-Pool beteiligen (Covid-19 Technology Access Pool, kurz „C-TAP“), der vorsieht, dass wissenschaftliche Forschungsergebnisse, diesbezügliches geistiges Eigentum, Daten und Technologien zu Covid-19 allgemein zugänglich sind.⁴⁰ So könnte die schnelle Entwicklung sowie weltweite Herstellung und Verteilung von Arzneimitteln sichergestellt werden. Reiche Länder, insbesondere Deutschland, sollten die WHO und andere multinationale Programme zur gerechten Verteilung von Impfstoffen ausreichend unterstützen und nicht nur die eigene Bevölkerung im Blick haben.⁴¹ Globale Konkurrenz und der Verteilungskampf um die Impfstoffe gehen zulasten demokratischer Prinzipien und Normen.
- Gesundheitspolitik ist eine globale Aufgabe, die wir nur gemeinsam in **globalen Netzwerken** und **multilateralen Institutionen** entwickeln können. Dabei müssen lokale Lösungsansätze im Zentrum stehen. Genau dafür wurde die Weltgesundheitsorganisation WHO gegründet. Um ihre Handlungsfähigkeit herzustellen bzw. wiederzugewinnen, muss die WHO ausreichend Ressourcen haben. Sie muss ihre zentrale leitende und koordinierende Rolle ausfüllen können, nicht nur um Gesundheitsgefahren global vorbeugen und im Notfall schnell handeln zu können. Deutschland muss das Versprechen aus seiner globalen Gesundheitsstrategie umsetzen, sich hier noch stärker zu engagieren, und sollte die aktuelle EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um auch bei anderen Ländern größeres Engagement anzuregen.⁴²
- Um die Coronakrise zu überwinden und zukünftig Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern, bedarf es **zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit** und eines **Multilateralismus von unten**. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen deshalb auch auf Ebene der WHO und weiterer globaler Gesundheitsakteure sinnvoll eingebunden sein, um Lösungsansätze relevant zu gestalten. Zudem müssen Gesundheitssysteme in den Ländern besser ausgestattet werden. Dafür braucht es politischen Willen, global und national, finanzielle Unterstützung und verbindliche Rahmenbedingungen.
- Lokale Gesundheitsnetzwerke und die Gesundheitskompetenz der Menschen, insbesondere der Armen und Marginalisierten, müssen gestärkt werden. Dazu bedarf es der **aktiven Mitwirkung der Betroffenen**, also derer, um deren Gesundheit es geht. Menschen müssen sich ausreichend informieren können

und in die Lage versetzt werden, so weit wie möglich zu ihrer eigenen Gesundheitserhaltung beizutragen und ihre Regierungen darin zu überprüfen, wie sehr diese „Gesundheit für alle“ umsetzen.⁴³

- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig **soziale Sicherungssysteme** sind, um zu verhindern, dass Menschen, die etwa durch (Teil-)Lockdowns ihre Arbeitsmöglichkeit verlieren, in die Armut rutschen. Soziale Sicherungssysteme aufzubauen, ist zunächst Aufgabe der Staaten. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen diese soziale Sicherung, wo notwendig, einfordern. Dafür gibt es global definierte Standards, wie sie z. B. der Social Protection Floor der ILO ausweist. Staaten, die den Aufbau sozialer Sicherung nicht hinreichend aus eigenen Mitteln gewährleisten können, sollten dabei unterstützt werden. Dafür sollte auf Ebene der ILO ein globaler Fonds zur Finanzierung von Strukturen der sozialen Sicherheit auf lokaler Ebene eingerichtet werden.⁴⁴
- Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft sollten **in die Planung und Umsetzung staatlicher Programme einbezogen** werden. Die Corona-Pandemie sollte Anlass sein, Gesundheitsdiensten einen größeren Stellenwert einzuräumen und Gesundheitskrisen stärker in Risikoanalysen sowie Konzepten zur Katastrophenvorsorge und zur Krisenbewältigung aufzunehmen. Dabei darf es jedoch nicht nur um Krankheitserreger gehen, die sich potenziell in Europa ausbreiten können. Es gilt, Gesundheitskrisen jedweder Art vorzubeugen und reaktionsfähig zu sein, wenn es trotz Vorsorgemaßnahmen doch zu einer Krise kommt.
- Vielerorts werden über 50 Prozent der **Gesundheitsversorgung durch zivilgesellschaftliche Organisationen bereitgestellt** – insbesondere in abgelegenen und von staatlichen Stellen nicht erreichten Gebieten. Dies sollte durch staatliche Stellen und die internationale Gemeinschaft angemessen berücksichtigt, geschützt und finanziert werden, um die Handlungsfähigkeit dieser lebensnotwendigen Dienste langfristig aufrechterhalten zu können.
- Es muss Sorge getragen werden, dass aus der Perspektive der Pandemiebekämpfung notwendige **Einschränkungen von Grundrechten verhältnismäßig sind** und auch Mechanismen bestehen, die sie überprüfen. Sie sollten nicht dazu genutzt werden, zivilgesellschaftliches Handeln über das notwendige Maß hinaus einzuschränken.
- Gerade weil es sich um eine komplexe Krise handelt und die Gefahr der Diskriminierung hoch ist, ist das **Engagement der Zivilgesellschaft** im Moment wichtiger denn je: Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten nicht nur unverzichtbare soziale Arbeit, z.B. in der Versorgung und Abfederung der negativen Auswirkungen der Krise. Es ist essenziell, dass sich unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure einbringen können: um negative Auswirkungen und Menschenrechtsverletzungen von Maßnahmen anzuzeigen und Korrekturen anzumahnen, aber auch um die Stimmen der Benachteiligten in den öffentlichen Aushandlungsprozessen hörbar zu machen.

Literaturverweise

- ¹ FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] SOFI (2020): The state of food security and nutrition in the world 2020. <http://www.fao.org/3/ca9692en/CA9692EN.pdf> (Aufruf 03.11.2020).
- ² FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] (2020): The state of food security and nutrition in the world 2020. <http://www.fao.org/3/ca9692en/CA9692EN.pdf> (Aufruf 03.11.2020).
- ³ FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] SOFI (2020): The state of food security and nutrition in the world 2020. <http://www.fao.org/3/ca9692en/CA9692EN.pdf> (Aufruf 03.11.2020).
- ⁴ FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] SOFI (2020): The state of food security and nutrition in the world 2020. <http://www.fao.org/3/ca5162en/ca5162en.pdf> (Aufruf 16.11.2020).
- ⁵ ICRISAT [International Crop Research Institute for the Semi-Arid Tropics]: IRISAT strategic plan to 2020. Inclusive market-oriented development for smallholder farmers in the tropical drylands. <http://www.icrisat.org/who-we-are/sp/icrisat-sp-2020.pdf> (Aufruf 01.11.2020).
- ⁶ IFPRI [International Food Policy Research Institute] (2019): 2019 Global Food Policy Report. Washington DC: International Food Policy Research Institute.
- ⁷ WORLD BANK GROUP (2018): Gender differences in poverty and household composition through the life-cycle. A global perspective. Policy research working paper 8360. <http://documents1.worldbank.org/curated/en/135731520343670750/pdf/WPS8360.pdf> (Aufruf 22.10.2020).
- ⁸ BMZ [Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] (2017): Mit sozialer Sicherung Entwicklung gerecht gestalten. BMZ-Papier 09|2017. https://www.bmz.de/de/media-thek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier410_09_2017.pdf (Aufruf 03.11.2020).
- ⁹ FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] (2020): Impact of COVID-19 on informal workers. <http://www.fao.org/3/ca8560en/CA8560EN.pdf> (Aufruf 01.11.2020).
- ¹⁰ FAO [Food and Agriculture Organization of the United Nations] (2020): A battle plan for ensuring global food supplies during the COVID-19 crisis. <http://www.fao.org/news/story/en/item/1268059/icode/> (Aufruf 18.10.2020).
- ¹¹ WHO [World Health Organization] (2020): Pulse survey on continuity of essential health services during the COVID-19 pandemic. Interim report. 27 August 2020. https://www.who.int/publications/i/item/WHO-2019-nCoV-EHS_continuity-survey-2020.1 (Aufruf 03.11.2020).
- ¹² UN [United Nations]: Kurzdossier. COVID-19 und die Welt der Arbeit. Juni 2020. <https://www.un.org/Depts/german/gS/Covid19%20World%20of%20Work%20DE.pdf> (Aufruf 26.10.2020).
- ¹³ UN [United Nations]: Kurzdossier. Die Auswirkungen von COVID-19 auf Ernährungssicherheit und Ernährung. Juni 2020. <https://www.un.org/Depts/german/gS/auswirkungen-covid-19-ernaehrung.pdf> (Aufruf 24.10.2020).
- ¹⁴ UN WOMEN [United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women] (2020): In Focus: Gender equality matters in COVID-19 response. <https://www.unwomen.org/en/news/in-focus/in-focus-gender-equality-in-covid-19-response> (Aufruf 29.10.2020).
- ¹⁵ ROBERTSON, T. / CARTER, ED. / CHOU, VB. / STEGMULLER, AR./ JACKSON, BD. / TAM, Y. / SAWADOGO-LEWIS, T. / WALKER, N. (2020): Early estimates of the indirect effects of the COVID-19 pandemic on maternal and child mortality in low-income and middle-income countries: a modelling study. In: Lancet Global Health, 8(7), 901–908.
- ¹⁶ ROBERTS, L. (2020): Why measles deaths are surging – and coronavirus could make it worse. Nature. <https://www.nature.com/articles/d41586-020-01011-6> (Aufruf 16.11.2020).
- ¹⁷ EUROPOL [European Union Agency for Law Enforcement Cooperation] (2020): Pandemic profiteering. How criminals exploit the COVID-19 crisis. March 2020. <https://www.europol.europa.eu/publications-documents/pandemic-profiteering-how-criminals-exploit-covid-19-crisis> (Aufruf 16.10.2020).
- ¹⁸ JOINING FORCES (2020): Policy brief. Ending Violence against Children and COVID-19. https://joining-forces.org/wp-content/uploads/2020/07/joining_forces-ending_violence_COVID19.pdf (Aufruf 22.10.2020).
- ¹⁹ DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION e. V. (2018): 263 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit gehen nicht zur Schule. UNESCO warnt vor Stillstand in der Bildung. <https://www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/263-millionen-kinder-und-jugendliche-weltweit-gehen-nicht-zur-schule> (Aufruf 01.11.2020).
- ²⁰ UNICEF [United Nations Children’s Fund] (2020): At least a third of the world’s schoolchildren unable to access remote learning during school closures, new report says.

- <https://www.unicef.org/press-releases/covid-19-least-third-worlds-schoolchildren-unable-access-remote-learning-during> (Aufruf 16.11.2020).
- ²¹ KINDERNOTHILFE e. V. (2020): Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Leben von arbeitenden Kindern und Jugendlichen. <https://www.kindernothilfe.de/-/media/knh/05-infothek/dokumente-und-downloads/studien-und-positionen/kindernothilfe-studie-covid19-und-kinderarbeit.ashx> (Aufruf 19.10.2020).
- ²² UNESCO [United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization] / PLAN INTERNATIONAL (2020): Covid-19 school closures around the world will hit girls hardest. <https://en.unesco.org/news/covid-19-school-closures-around-world-will-hit-girls-hardest> (Aufruf 01.11.2020).
- ²³ ILO [International Labour Organization] (2018): Ending child labour by 2025: A review of policies and programmes. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipecc/documents/publication/wcms_653987.pdf (Aufruf 16.11.2020).
- ²⁴ ILO [International Labour Organization] / UNICEF [United Nations Children's Fund] (2020): COVID-19 and child labour. A time of crisis, a time to act. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipecc/documents/publication/wcms_747421.pdf (Aufruf 03.11.2020).
- ²⁵ KINDERNOTHILFE e. V. (2020): Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Leben von arbeitenden Kindern und Jugendlichen. <https://www.kindernothilfe.de/-/media/knh/05-infothek/dokumente-und-downloads/studien-und-positionen/kindernothilfe-studie-covid19-und-kinderarbeit.ashx> (Aufruf 19.10.2020).
- ²⁶ ILO [International Labour Organization] (2020): ILO brief. Impact of lockdown measures on the informal economy. April 2020. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/briefingnote/wcms_743523.pdf (Aufruf 01.11.2020).
- ²⁷ UN [United Nations] (2020): Policy brief: The impact of COVID-19 on children. https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-04/160420_Covid_Children_Policy_Brief.pdf (Aufruf 20.10.2020).
- ²⁸ ILO [International Labour Organization] (2020): COVID-19 crisis and the informal economy. Immediate responses and policy challenges. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/briefingnote/wcms_743623.pdf (Aufruf 03.11.2020).
- ²⁹ ILO [International Labour Organization] (2020): ILO Monitor. COVID-19 and the world of work. Sixth edition. Updated estimates and analysis. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms_755910.pdf (Aufruf 02.11.2020).
- ³⁰ ILO [International Labour Organization] (2018): Care Work and Care Jobs for the Future of Decent Work. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_633135.pdf (Aufruf 12.10.2020).
- ³¹ FORSTER, P.M. / FORSTER, H.I. / EVANS, M.J. / GIDDEN, M.J. / JONES, C.D. / KELLER, C.A. / LAMBOLL, R.D. / LE QUERE, C. / ROSELJ, J. / ROSEN, D. / SCHLEUSSNER, C.-F. / RICHARDSON, T.B. / SMITH, C.J. / TURNOCK, S.T. (2020): Current and future global climate impacts resulting from COVID-19. In: Nature Climate Change, 10, 913–919.
- ³² UNEP [United Nations Environment Programme] (2019): Emissions Gap Report 2019. <https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2019> (Aufruf 03.11.2020).
- ³³ IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change] (2018): IPCC-Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung. https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf (Aufruf 01.11.2020).
- ³⁴ SUBBARAMAN, N. (2020): 'Distancing is impossible': refugee camps race to avert coronavirus catastrophe. In: Nature, 581, 18.
- ³⁵ GÖTZE, S. (2020): „Arme Länder bekommen Almosen statt Klimahilfen“. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/folgen-des-klimawandels-arme-laender-bekommen-kaum-eu-hilfen-fuer-die-anpassung-a-99dcd7e2-4c77-41a0-87e0-72df5b5779fb> (Aufruf 28.10.2020).
- ³⁶ BMZ [Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] (2020): Corona-Sofortprogramm. Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf (Aufruf 16.11.2020).
- ³⁷ BROT FÜR DIE WELT / EVANGELISCHES WERK FÜR DIAKONIE UND ENTWICKLUNG e. V. (2019): Policy. Gesunde Lebensbedingungen fördern und das Recht auf Gesundheit umsetzen. August 2019. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Policy_Gesundheit.pdf (Aufruf 29.10.2020).
- ³⁸ BROT FÜR DIE WELT – EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST / EVANGELISCHES WERK FÜR DIAKONIE UND ENTWICKLUNG e. V. (2017): Quo vadis, WHO? Vor welchen Herausforderungen die Weltgesundheitsorganisation steht und wie Deutschland zu ihrer Stärkung beitragen kann. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse72_Quo_vadis_WHO.pdf (Aufruf 14.10.2020).

-
- ³⁹ OHCHR [United Nations Human Rights Office Of The High Commissioner] (2020): Asia: Bachelet alarmed by clampdown on freedom of expression during COVID-19. <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25920> (Aufruf 16.11.2020).
- ⁴⁰ WHO [World Health Organization] (2020): Making the response to COVID-19 a public common good. Solidarity Call to Action. <https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/global-research-on-novel-coronavirus-2019-ncov/covid-19-technology-access-pool/solidarity-call-to-action> (Aufruf 18.10.2020).
- ⁴¹ WHO [World Health Organization] (2020): COVAX: Working for global equitable access to COVID-19 vaccines. <https://www.who.int/initiatives/act-accelerator/covax> (Aufruf 03.11.2020).
- ⁴² BMG [Bundesministerium für Gesundheit] (2020): Spahn: „Setzen uns für handlungsfähige WHO ein“. Strategie zur globalen Gesundheit im Kabinett. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2020/4-quartal/strategie-zur-globalen-gesundheit.html> (Aufruf 14.07.2020).
- ⁴³ WHO [World Health Organization] (2016): Health literacy. The mandate for health literacy. <http://www.who.int/healthpromotion/conferences/9gchp/health-literacy/en/> (Aufruf 19.10.2020).
- ⁴⁴ GCSPF [Global Coalition for Social Protection Floors] (2020): Civil society call for a global fund for social protection to respond to the COVID-19 crisis and to build a better future. http://www.social-protectionfloorscoalition.org/wp-content/uploads/2020/09/2020-07CivilSocietyCallGlobalFund-SocialProtection_EN.pdf (Aufruf 20.10.2020).